

sondern der sowjetischen Besatzungsmacht. Dieser Sachverhalt wird auch von kommunistischer Seite zugegeben. *Fred Oelßner* schrieb im Jahre 1955¹⁷⁵:

»Die faschistische Staatsmacht wurde in Deutschland nicht durch die revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse zerschlagen, sondern sie wurde von der siegreichen Sowjetarmee zerstört.«

Ähnlich äußert sich das Parteiprogramm der SED vom Januar 1963¹⁷⁶. Wie der Sturz der alten Staatsmacht das Werk der Besatzungsmacht war, so wurde der Neuaufbau von der Besatzungsmacht eingeleitet und protegiert. Wenn die KPD und später die SED an ihm beteiligt waren, so waren sie stets nichts anderes als deren Werkzeug. Die Beteiligung einer aus Einheimischen bestehenden Partei macht die Revolution nicht zu einer autochthonen. Sie bleibt eine importierte Revolution. Zutreffend beurteilt sie *Drath*¹⁷⁷:

»Aus abgeleiteten, aus geborgten oder aufgezwungenen Kräften gespeist, ist sie fremden Zwecken dienstbar und in Formen und Maßnahmen erstarrt, an denen nur eines noch beweglich geblieben ist, ihre Anpassung an die jeweiligen neuen Weisungen, die sie von außen erhält, während - wenn sie je vorhanden waren - Spontaneität, revolutionärer Elan und eigene Gestaltungskraft erloschen zu sein scheinen.«

Weil die Revolution in die SBZ importiert war, entbehrte die Ordnung, die sie schuf, der historischen Legitimation.

Warum die sowjetische Besatzungsmacht nicht sofort eine sozialistische Revolution gemacht hatte, erklärte eine 1959 in der SBZ erschienene historische Arbeit damit, daß im Jahre 1945 zwar die objektiven Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution schon vorhanden gewesen seien, nicht jedoch die subjektiven. Das Bewußtsein der Bevölkerung sei durch den Nationalsozialismus zutiefst verdorben worden und habe erst allmählich in die »richtigen« d. h. in die kommunistischen Bahnen gelenkt werden können. Zunächst hätten breite Schichten der Bevölkerung angesprochen werden müssen, um sie zur Mitarbeit zu bewegen. Das hätte aber nur im Rahmen einer bürgerlich-demokratischen Ordnung, die antifaschistisch-demokratische Ordnung genannt wurde, geschehen können¹⁷⁸.

b) *Der Aufbau der deutschen Administration*

Anfang Juli 1945 setzten die sowjetischen Militärverwaltungen in den Ländern und Provinzen aus Deutschen bestehende Provinzial- und Landesverwaltungen ein¹⁷⁹, nachdem schon zuvor die örtlichen Kommandanten aus Deutschen bestehende Kreis- und Gemeindeverwaltungen eingesetzt hatten; diese wurden als »Selbstverwaltungsorgane« bezeichnet, weil sie auf »Bitten« der gesellschaftlichen demokratischen Organisationen gebildet wurden, die auch Vorschläge für die personelle Besetzung der Verwaltungen machen durften.

Am 22. Oktober 1945 räumte der Oberste Chef der SMAD den Provinzial- und Landesverwaltungen das Recht ein, Gesetze und Verordnungen mit Gesetzeskraft auf den Gebieten der gesetzgebenden, richterlichen und vollstreckenden Gewalt zu erlassen,

¹⁷⁵ *Fred Oelßner, Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Ost-Berlin, 1955, S. 18.*

¹⁷⁶ *Neues Deutschland vom 23. November 1962.*

¹⁷⁷ *Martin Drath, Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in der sowjetischen Besatzungszone, 2. Auflage, Bonn, 1954, S. 59.*

¹⁷⁸ *Stefan Doernberg, Die Geburt eines neuen Deutschland 1945-1949, Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, Ost-Berlin, 1959, S. 451-458.*

¹⁷⁹ *Z. B. für Brandenburg: VOBl. der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, 1945, S. 1.*